

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 16

Artikel: Neue Kaderpolitik in Polen : ein unspektakuläres, aber wichtiges Indiz für die "Liberalisierung trotz allem" : es gibt auch Gegenteilstendenzen zur Resowjetisierung Osteuropas
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095329>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein unspektakuläres, aber wichtiges Indiz für die «Liberalisierung trotz allem»

Neue Kaderpolitik in Polen

Es gibt auch Gegentendenzen zur Resowjetisierung Osteuropas

Um die Reformbestrebungen in der polnischen Kaderpolitik in ihrer Bedeutung zu sehen, muss man sich vor Augen führen, was Kaderpolitik in einer kommunistisch regierten Gesellschaft sowjetischen Typs ist: Die permanente Absicherung der Parteiprivilegien durch ein ausgeklügeltes Selektionsverfahren.

Das Parteimonopol auf «Kaderpolitik» ist eine logische Folge der Führungsrolle der kommunistischen Partei, so wie sie auch in der Verfassung festgehalten ist. Artikel 2, Absatz h des geltenden sowjetischen Parteistatuts, umschreibt dieses Vorrecht grundsätzlich: «Das Parteimitglied ist verpflichtet, unbeirrbar die Linie der Partei bei der Auslese der Kader nach ihrer politischen, fachlichen Eignung zu befolgen; unversöhnlich zu sein in allen Fällen, in denen die Leninschen Prinzipien von Auslese und Erziehung der Kader verletzt werden.»

Auch wenn sich die andern Ostblockparteien in ihren Grundtexten nicht ganz in der gleichen unverhohlenen Form zu diesem Prinzip bekennen, so ist doch die Praxis jedenfalls überall dieselbe. Die Kaderpolitik garantiert die Personalunion in den leitenden Organen zwischen Staat und Partei. Die Ausarbeitung der «Pläne zu Beförderung der Kader» ist eine ausgesprochene Parteaufgabe.

Das «Nomenklatursystem» im Dienste der Parteiprivilegien

Seit 1946 gilt im ganze Ostblock das «Nomenklatursystem»: Jedes Parteikomitee (vom Zentralkomitee bis zum Stadt- oder Bezirkskomitee) hat eine eigene Nomenklaturliste mit Posten, die nur auf seine «Empfehlung» hin bekleidet werden dürfen. Es führt auch stets eine Liste der «Nomenklaturreserven», aus der nach Ausscheiden eines Funktionärs der nächste bestimmt wird. Das Nomenklatursystem verhindert damit den freien Wettbewerb um wichtige Ämter und die Selektion nach fachlichen Kriterien.

Da die Kaderpolitik ein Instrument zur Durchsetzung des jeweils gerade gültigen Parteikurses

ist, reagiert sie auch mit fast seismographischer Genauigkeit auf Änderungen der Parteilinie. Je nach dem wird sie gestrafft oder liberalisiert, zentralisiert oder dezentralisiert. Deshalb gehört die Kaderpolitik zu den erkennbaren Symptomen für Tendenzen in der Parteiführung.

Bezeichnenderweise hat die KPdSU letztes Jahr ihre Kaderpolitik zentralisiert: Viele Ämter, die bis dahin auf der Nomenklaturliste der Gebietskomitees aufgeführt waren, wurden in die Zuständigkeit des Zentralkomitees verwiesen. Das entspricht sicherlich dem betont autoritären und monopolistischen Stil der heutigen Führung, und in diese Richtung gehen zweifellos auch die Wünsche Moskaus an die Adresse der osteuropäischen Bruderparteien.

Sowjetische und polnische Tendenzen gegenläufig

Um so bemerkenswerter ist es, dass in Polen die Tendenz genau umgekehrt verläuft. Hier hat man einmal die Nomenklaturlisten überhaupt gekürzt (was einen echten Abbau an Parteiprivilegien darstellt), und im weiteren hat man die kaderpolitischen Kompetenzen der niederen Parteigremien auf Kosten der höheren Instanzen erweitert. Ein Beispiel: Aus der Nomenklaturliste des Wojewodschafts-Parteikomitees Warschau sind 1971 rund 800 Ämter gestrichen worden. Dieser gewaltige Abbau zeigt nebenbei natürlich auch den eindrucklichen Umfang eines normalen Nomenklatursystems.

Was man also in Polen auf diesem Gebiet schon quantitativ und verteilungsmässig erreicht hat, ist durchaus ansehnlich. Aber damit hat es noch nicht sein Bewenden. Den heute an die Öffentlichkeit tretenden Parteifunktionären mit liberaler Einstellung genügen die von Gierек eingeleiteten kaderpolitischen Änderungen nicht. Sie verlangen diesbezüglich durchgreifende Reformen zulasten der Partei und zugunsten der normalen staatlichen Organismen. Eine umfassende Diskussion darüber findet in öffentlichen Medien von Gewicht statt. Ihre Hauptträger sind «Nowe Drogi», die zentrale politische Zeit-

schrift des Parteizentralkomitees, und die Warschauer Zeitschrift «Polityka», die keinen parteiamtlichen Charakter hat, aber repräsentativ ist.

Es ist kein Zufall, dass die polnischen Reformen heute auf interne Strukturveränderungen abzielen. Das Jahr 1971 hatte als Reaktion auf die Dezemberunruhen 1970 zunächst die Entwicklung auf stark vermehrte Freiheit an Kritik und öffentliche Meinungsäußerung genommen, auf Emanzipation der Meinungs- und Kulturträger, auf politische und ideologische Anfechtung. Aber mit dem Parteikongress im letzten Herbst ging diese Etappe des Emanzipationswillens zu Ende. Die neue Führung unter Gierек musste den sowjetischen Wünschen Rechnung tragen und alles rückgängig machen, was auch nur entfernt an eine Neuaufgabe des «Prager Frühlings» hätte erinnern können. Die Angleichung an Moskauer Vorstellungen erfolgte total in der Aussenpolitik, weitgehend im Vokabular und in der erneuten Unterdrückung jener Kritik, die offen am System gerüttelt hatte. Aber entgegen diesem äusseren Anschein wäre die Annahme falsch, dass in Polen «jetzt alles wieder so wird wie früher». Die Kulturpolitik zum Beispiel hat innerhalb der nunmehr fester gezimmerten Schranken immer noch sehr viel mehr Ausdrucksfreiheit als in der späten Gomulka-Ära. Vor allem aber machen Reformen auf sozialem und staatlichem Gebiet weitere Fortschritte, und in innenpolitischen und pragmatischen Belangen ist die Partizipation der Bevölkerung stärker als zuvor geduldet, ja erwünscht. Das relativ unspektakuläre aber überaus wichtige Motiv der Kaderpolitik ist dafür ein gutes Beispiel. Die Liberalisierung hat sich diskreteren Anwendungsbereichen zugewandt, aber sie hat nicht aufgehört. Im Zeitalter der Resowjetisierung Osteuropas ist das schon allerhand.

ist, reagiert sie auch mit fast seismographischer Genauigkeit auf Änderungen der Parteilinie. Je nach dem wird sie gestrafft oder liberalisiert, zentralisiert oder dezentralisiert. Deshalb gehört die Kaderpolitik zu den erkennbaren Symptomen für Tendenzen in der Parteiführung.

Ein Katalog von Forderungen

Der Katalog von Forderungen, den die reformfreudigen Parteikreise aufstellen, ist übrigens schon deshalb aufschlussreich, weil er einmal Gelegenheit bietet, sich über den normalen Stand der berühmten- unbekanntenen «Nomenklatur» zu orientieren.

Die vorgeschlagenen Revisionen umfassen folgende Punkte:

1. Die Partei müsse den staatlichen Personalabteilungen, den Ministern, Betriebsleitern usw.



Ingenieurin in einem Stettiner Vermessungsbetrieb. Die Besetzung solcher Stellen soll der Zuständigkeit von Parteigremien entzogen werden und zu den Aufgaben der normalen Betriebsführung gehören.

grössere Selbständigkeit in der Personalpolitik gewähren. Die bisherige Praxis, dass die Kaderabteilungen der Partei die Staats- und Wirtschaftsleiter einfach vor ein Fait accompli stellen, habe zu verschwinden und einer echten Zusammenarbeit Platz zu machen.

2. Die Nomenklaturlisten der einzelnen Parteikomitees seien beträchtlich zu kürzen. Es müsse Sache der Staats- und Wirtschaftsführung werden, über die Besetzung zweitrangiger Stellen selber zu entscheiden. Im heutigen System ist nämlich sogar die Ernennung eines Werkstattleiters oder Meisters an die Empfehlung der Parteiorganisation im Betrieb gebunden. Die Befürworter der neuen Regelung betonen bei diesem Punkt übrigens mit schon fast verdächtigem Fleiss, dass eine solche Lockerung der Autorität und der Führungsrolle der Partei nichts anhaben werde. (Recht ähnlich hatten 1968 in parallelen Fragen jene tschechoslowakischen Reformer argumentiert, denen man heute wegen Sabotage an der Parteiautorität den Prozess macht.)

3. Man müsse ein klares, eindeutiges System zur Auswahl der «Kaderreserven» erarbeiten und dann auch einhalten; die gegenwärtigen «unklaren Kriterien» (z. B. Speichelleckerei, Vitamin B usw.?) seien abzuschaffen. Als Hauptkriterien werden vorgeschlagen:

- das Verhältnis zur Arbeit;
- das Verhältnis zu den Mitmenschen;
- die Einstellung zum gesellschaftlichen Eigentum (d. h. Verzicht auf die übliche «Selbstbedienung» bei jeder Gelegenheit);
- Kenntnisse und Fähigkeiten.

4. Als «Ueberrest der (stalinistischen) Vergangenheit» bezeichnen die Kritiker die Möglichkeit, dass die Partei einen Bewerber von der an sich für die betreffende Stelle erforderlichen Ausbildung dispensieren kann. Unter den heutigen Bedingungen sei eine solche Missachtung der beruflichen Kriterien untragbar geworden und müsse unbedingt beseitigt werden. In diesem Zusammenhang schrieb z. B. «Polityka»:

«Jedermann findet es begreiflich, wenn ein fünfzigjähriger Betriebsdirektor, der sich zwanzig Jahre lang in seiner Stellung bewährt hat, seinen Posten behält, auch wenn er kein Diplom hat. Unbegreiflich ist es dagegen, wenn ein Dreissigjähriger ohne Diplom eine Stelle erhält, die an ein Hochschuldiplom gebunden ist.» (24. Juni 1972.)

5. Die Partei müsse die Nomenklaturfunktionäre unter ständiger Kontrolle halten und sie periodisch (am besten alle drei Jahre) einer individuellen Neubewertung unterziehen. Dabei müssten vor allem die tatsächlichen Resultate seiner Arbeit ins Gewicht fallen. Das werde die Betroffenen dazu bringen, sich um Weiterbildung usw. zu bemühen.

6. Für leitende Posten wird eine zeitliche Einschränkung verlangt. Die fraglichen Funktionäre seien nach 8 bis 10 Jahren automatisch an eine andere Stelle zu transferieren.

7. Man macht in den Empfehlungen für die Neugestaltung der Kaderpolitik zugunsten des konservativen Parteiflügels und der ungebildeten Funktionäre auch gewisse Konzessionen. Diejenigen Kader, welche infolge ihres Alters oder ihrer mangelhaften Bildung und Eignung abgelöst werden, sollten «unter Beibehaltung ihrer bisherigen Gehälter» zu Beratern, Experten

und Referenten ernannt werden. Diese Stellungen müssen — so die Liberalen — «einen hohen gesellschaftlichen Rang haben und allgemeine Achtung geniessen... Eine der wichtigsten Bedingungen ist, dass der Berater nicht selber in die Entscheide verwickelt wird und dass er keine führenden Stellungen anstrebt.» Man will also untaugliche Leute auf repräsentative Posten abschieben, wo sie nichts schaden können.

8. Leitende Partei- und Staatsorgane müssten nicht nur für die Ausbildung, sondern auch für die Weiterbildung der leitenden Funktionäre sorgen. Die amtierenden Funktionäre seien zu

zwingen, von Zeit zu Zeit an Weiterbildungskursen teilzunehmen. Es wird allerdings mit Anerkennung quittiert, dass Gierek in dieser Richtung schon einiges unternommen hat. Letztes Jahr erliess nämlich das Politbüro einen Beschluss über die Vervollkommnung der Bildung von leitenden Partei- und Staatsfunktionären an speziellen Seminarien. So entstand ein Zyklus von Seminarien für Minister, Staatssekretäre und für die Sekretäre der Wojewodschaftscommittees der Partei. Ähnliche Kurse für die Generaldirektoren der Industrievereinigun-

Experten beurteilen

WELTGESCHEHEN

INTERNATIONALES EUROPAFORUM

Herausgegeben im Weltforum Verlag München unter fachlicher Leitung von

Heinrich von Siegler, Herausgeber des «Archiv der Gegenwart»

In Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Unter Beratung durch Oberstudienrat Dr. Erich Zimmermann

Oberstudiendirektor Günter Schwarz, MdL

Erscheinungsweise: vierteljährlich; Einzelbezug DM 8,50;

Jahresabonnement DM 30,- und Bezugskosten

DIE ZEIT, Hamburg

Gedächtnisstütze

Für Unterricht und Studium – Handliche Zeitchronik

In dieses Unternehmen ist ein bewundernswerter Fleiss investiert. Die Sache verdient es. Die Bände, laut Titel «für Unterricht und Studium» gedacht, sind sicher nicht nur dem Lehrer der Sozialkunde willkommen. Den Schulbehörden möchte man die Anschaffung für die Schulen empfehlen. In unserer schnellebigen Zeit stützt «Weltgeschehen» unser Gedächtnis – und das ist in einer Demokratie nicht unwichtig.

FRANKFURTER ALLGEMEINE, Frankfurt

Ein nützliches Werkzeug für die Orientierung über die Ereignisse in der Weltpolitik. Darüber hinaus bietet der Band bequeme Fundstellen für wichtige Dokumente.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, München

Ein ausgezeichnetes Handwerkszeug für Lehrer und Studierende der Fächer Geschichte, Sozialkunde und Geographie.

MÜNCHNER MERKUR, München

Archiv für jedermann

Die viedienstvolle Serie mit Chronik, Dokumenten und Tabellen informiert laufend jederman – rasch, knapp, übersichtlich und objektiv über Politik und Wirtschaft der Welt von heute.

DER TAGESSPIEGEL, Berlin

Die Berichte zeichnen sich durch Genauigkeit und Objektivität aus.

NEUE RUHRZEITUNG, Essen

Ein Nachschlagewerk von Präzision und Aktualität.

AUGSBURGER ALLGEMEINE, Augsburg

Aus der Fülle der Tagesnachrichten finden wir ein abgewogenes Konzentrat, wonach es dem Leser möglich wird, das Einzelereignis innerhalb der grösseren weltpolitischen Ereignisse zu bewerten.

DIE ZEIT IM BUCH, Wien

Die Buchreihe verdient unsere Aufmerksamkeit, sie ist sowohl für den Unterricht wie auch für das Studium bestens zu gebrauchen; ihre Vorzüge liegen in der gut getroffenen Auswahl, der Kürze, der Uebersichtlichkeit und der Objektivität.

FRANKFURTER NEUE PRESSE, Frankfurt

Das hat gefehlt – nämlich: Dokumentarische Berichte und Studien.

Die meisten Menschen sehen ja nur das nächste, das, was sich vor ihrer Nase abspielt. Indessen ist die Welt heute sehr empfindlich geworden, das «hinten weit in der Türkei» kann alle treffen. Und die Zeit, in der wir leben, ist aufregender als je. Die Hefte sind im Grunde für jeden Menschen wichtig, der wissen will, was geschieht.

Richten Sie Ihre Bestellungen an:

WELTFORUM VERLAG
8 München 19, Hubertusstrasse 22/1

Es lichtet wieder

Die rumänische Kulturszene

Wir hatten in ZB Nr. 12 ein Gespräch zwischen dem rumänischen Schriftsteller Augustin Buzura und dem ihn interviewenden Literaten Adrian Paunescu gebracht, wobei die teils verschlüsselten, teils sehr freimütigen kritischen Äußerungen vor dem Hintergrund des «Neodogmatismus» standen, der seit 1971 die rumänische Kulturszene beherrschte. Nun, hier ist eine Wendung zu bemerken. Der damals eben abgeschlossene Schriftstellerkongress (von dem zu jenem Zeitpunkt erst die parteikonformen Thesen und die Rede Ceausescus veröffentlicht worden waren) hat die beiden Repräsentanten eines freien Kulturschaffens nicht etwa aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, sondern sie vielmehr in seinen Rat gewählt. Das bedeutet zwar nicht, dass die Befürworter eines kulturellen Tauwetters etwa auf der ganzen Linie den Sieg davongetragen hätten, aber sie haben sich entgegen den Vorzeichen behauptet, und das Tief scheint überwunden.

Man lässt diskutieren

Von den Rednern, die Diskussionsbeiträge auf dem Kongress leisteten, wurden umstrittene Themen wie die Rolle und das Vorgehen der Partei gegenüber den Kulturschaffenden, die Zensur sowie die individuelle Rede- und Meinungsfreiheit zur Sprache gebracht. Dabei traten gegensätzliche Ansichten hervor, «liberale» und parteitreue, wiewohl letztere von altbekannten

Stalinisten wie Mihai Beniuc und Lety Lajos verfochten wurden. Allerdings meldeten sich gewichtige Stimmen nicht zu Wort, so die Mitglieder des Zentralkomitees unter den Schriftstellern, welche in das Exekutivbüro des Verbandes gewählt wurden. Man vermisste prominente «Liberale» wie Eugen Jebeleanu, Titus Popovici, Dumitru Radu Popescu und Geo Dumitrescu ebenso unter den Rednern wie Befürworter der neuen Kulturpolitik von der Bedeu-

tung eines Aurel Baranga, Mihnea Gheorghiu, Ion Dodu Balan oder Ion Brad. Vielleicht gehörte das zu den Abmachungen, die vorweg unter der Hand getroffen worden waren. Auf diese Weise wurde jedenfalls ein offenes Austragen der Differenzen, das einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen und unumgänglich die äussere Fassade gekennzeichnet hätte, vermieden.

An Freimut stach insbesondere die Rede eines Vertreters der älteren Generation hervor, des Lyrikers Dan Desliu, der in der Proletkultzeit eine fatale Rolle gespielt hatte. Er distanzierte sich von seinem früheren Verhalten und erklärte seine Entschlossenheit, sich einer Rückkehr zum Stalinismus zu widersetzen. Eindeutig lehnte Desliu eine Einmischung der Partei in künstlerische Fragen ab. Die volle Verantwortung trage der Schriftsteller selbst. Er repräsentiere die Partei auf seinem spezifischen Betätigungsfeld. Dieser Auffassung trat Mihai Beniuc vehement entgegen. Zur Zensur bemerkte der junge Lyriker und Uebersetzer Romulus Vulpescu spitzfindig: «Gute Literatur kann und darf nicht unterdrückt werden, denn die Partei lehrt uns, dass gute Literatur niemals reaktionär war oder dem Fortschritt entgegenstand.» Der schon erwähnte Leonid Dimov brach eine Lanze für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks. Nach der offiziellen Berichterstattung «machte er einige Bemerkungen zur Freiheit des Ausdrucks, unter welcher er die Uebereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten für den Schriftsteller und die Freiheit der Wahl für den Leser verstand».

Sämtliche Partei- und Kulturzeitschriften brachten nach dem diesjährigen Kongress ein und dieselbe Berichtsversion. Der Rechenschaftsbericht Stancus und die Beiträge der 37 Diskussionsteilnehmer wurden zusammenfassend wiedergegeben, allein Ceausescus Schlussansprache erschien in vollem Wortlaut. Nach dem Kongress von 1968 hatte die Parteipresse eine wesentlich kürzere Fassung verbreitet als «Romania Literara», wobei die Kürze die (liberale) Würze zu entschärfen bemüht war. Der zensurierte Einheitsbericht von 1972 lässt Widersprüche und Gegensätze durchaus erkennen, wenn auch häufig nur vage. Immerhin gibt er zum Beispiel Deslius Auffassung zum Verhältnis Partei—Schriftsteller wider, unterschlägt dann allerdings Deslius Selbstkritik und Widerstand gegen eine Rückkehr zum Stalinismus.

Beidseitige Konzessionen?

Adrian Paunescu, hervorgetreten durch seine Serien von freimütigen Interviews und verbittert über den «Verrat» von Generationengenossen wie Fanus Neagu — der ihn seine Stellung bei «Lucafarul» gekostet hat —, machte einige böse Bemerkungen über das Gemauschel und die persönlichen Intrigen innerhalb des Schriftstellerverbandes. Er kritisierte die «Eifertigkeit, mit der einige Schriftsteller günstige Positionen in der Hierarchie des Schriftstellerverbandes anstreben». Das führe zu einer Situation, in der Schaffensprobleme nicht offen genug erörtert würden. Statt eine offene Diskussion zu führen, unterhalte man sich über kleinliche Wehwehchen.

Wenn dies zur vorweg getroffenen Abmachung hinsichtlich des Tagungsverlaufs gehörte, dann spricht das dafür, dass ein kritisches Potential

waren schon vorher eingeführt worden. Im Rahmen der einzelnen Ministerien wurden entsprechende Kurse ebenfalls eingeführt.

Auch mit der Meinung der Werktätigen rechnen

In der gross angelegten Diskussion von «Nowe Drogi» und «Polityka» wurden die Fehler und Mängel der bisherigen Kaderpolitik sehr scharf kritisiert. Man protestierte gegen die bisherige Praxis, dass Partei- und Staatsfunktionäre erst dann abgelöst werden, wenn der Skandal um sie nicht mehr zu vermeiden ist. Die Folge eines solchen Systems sei, so behaupten die Diskussionsteilnehmer, dass viele leitende Kader demoralisiert werden und sich nur um die eigenen Interessen kümmern. Auf die bisherige Praxis, wonach kompromittierte Kader in eine andere leitende Funktion eingesetzt werden, müsse man kompromisslos verzichten, verlangt die Parteizeitschrift «Nowe Drogi» (Nr. 5/1972). Die Diskussionsteilnehmer halten es für wichtig, dass die Parteiorgane bei der Zusammenstellung der Liste von Kaderreserven auch mit der Meinung der Werktätigen rechnen, dass sie die Kaderpolitischen Entscheide in der Regel nach einer «Konsultierung der Umgebung» fällen. (Und so etwas ist in einem «sozialistischen» Land eine neue Forderung!)

Kaderpolitische Daten

Die letzte Kaderzählung war 1968 durchgeführt worden. Die Diskussionsteilnehmer gestehen ein, dass seitdem positive Änderungen eingetreten sind, die jedoch immer noch nicht zufriedenstellend seien.

Die vom Statistischen Hauptamt kürzlich durchgeführten kaderpolitischen Untersuchungen zeigten folgende Resultate: 71 Prozent der Betriebsdirektoren, der technischen und wirtschaftlichen Vizedirektoren haben Hochschul-

bildung, 24 Prozent Mittelschulbildung, 5 Prozent keine Bildung, 5,4 Prozent wurden von den Ausbildungsanforderungen befreit.

Unter den *Abteilungs- und Sektionsleitern* beträgt der Anteil der Hochschulabsolventen 34 Prozent; 56 Prozent haben Mittelschulbildung, 10 Prozent keine Bildung, aber nur 8 Prozent wurden von den Ausbildungsanforderungen befreit.

Unter den *Ingenieuren und Technikern* haben 20 Prozent Hochschulbildung, 60 Prozent Mittelschulbildung, 20 Prozent aber keine Qualifikation. 56 Prozent der «Geistesarbeiter» der Betriebe gehören zu dieser Kategorie der Werktätigen.

Unter den *administrativen Angestellten* der Betriebe gibt es nur 5 Prozent mit abgeschlossener Hochschulbildung, 56 Prozent haben Mittelschulbildung und 39 Prozent nicht einmal diese. 51 Prozent der Vizedirektoren für Administration, Finanzen und Handel haben Hochschulbildung, 44 Prozent Mittelschulbildung und 4 Prozent keine Qualifikation. (Polityka, 29. April 1972.)

Die Diskussionsteilnehmer behaupten, oft finde man Menschen auf falschen Posten, was auf die Schwäche der Kaderpolitik der Partei hinweise. Eine wirkliche Kaderpolitik bestehe eben nicht nur aus der Ernennung, sondern auch aus der Ablösung der Funktionäre. Es gebe einfache Situationen, in welchen man von den leitenden Funktionären Abschied nehmen müsse. In solchen Situationen dürfe man auch davor nicht zurückschrecken, ihnen niedrigere Posten zuzuteilen, d. h. sie auf die Nomenklaturliste eines niedrigeren Parteikomitees zu übertragen.

Die ganze kaderpolitische Diskussion in Polen ist bedeutungsvoll und zeigt die Bestrebung der jungen Intellektuellen innerhalb und ausserhalb der Partei, in Partei- und Staatsführung einen ihrer Ausbildung entsprechenden Anteil zu nehmen. Und zwar auf Kosten der herkömmlichen Parteiprivilegien. ■